



Liebe Freunde !

Wir hoffen, dass Sie alle gut in das Jahr 2009 gestartet sind. Vor uns liegt ein spannendes Jahr mit Europawahl und natürlich der Bundestagswahl.

Für uns alle sind das Ereignisse, die im Vorwege viel Einsatz erfordern. Dazu kommen die politischen Herausforderungen im rot-grün regierten Bezirk Hamburg-Mitte.

Über unsere Arbeit in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte werden wir Sie wie bisher regelmäßig mit einem aktuellen Newsletter informieren.

Auf der Rückseite finden Sie unsere 17 Fraktionsmitglieder mit ihren Stadtteilen und den politischen Schwerpunkten.

Zum Nachlesen finden Sie unsere Anträge, Anfragen und die Pressemitteilungen allesamt auf unserer Homepage unter

www.cdu-fraktion-hamburg-mitte.de

Sollte Sie ein Thema näher interessieren, stehen Ihnen die Fachsprecher ebenso wie der Fraktionsvorstand gern für weitere Auskünfte oder persönliche Gespräche bereit.

Zunächst wünsche ich Ihnen im Namen der CDU-Fraktion Mitte viel Spaß bei der Lektüre unseres Newsletters Januar 2009.

Ihr

Dr. Gunter Böttcher, Fraktionsvorsitzender

SPD beschönigt Gewalttrapper

Auf Betreiben der CDU und mit Unterstützung der Medien, selbst der Tageszeitung (TAZ), wird die Einstellung und Beschäftigung einer Honorarkraft im Haus der Jugend Veddel aufgearbeitet. Das Bezirksamt hatte den „Gangsta“-Rapper „Faro“ ab April 2006 engagiert, der die Jugendlichen der Veddel insbesondere mit Musik erreichen sollte. Die Zusammenarbeit mit „Faro“ wurde erst im Mai 2008 gekündigt, nachdem er mit den Jugendlichen der „Veddel Streetz“ Rap-Videos mit gewaltverherrlichenden und frauenverachtenden Texten produziert hatte.

Während Bezirksamtsleiter Markus Schreiber die Einstellung von „Faro“ rechtfertigt und der Veddeler SPD-Abgeordnete Klaus Lübke bei den Jugendlichen der „Veddel Streetz“ von „Coolen Jungs“ spricht, beleidigt und bedroht „Faro“ mittlerweile in einem Video gezielt einen Redakteur der TAZ.

Klaus Lübke hatte eingeräumt, die umstrittenen Videos und Texte schon über ein Jahr zu kennen. Dass Herr Lübke über fünf Monate lang tatenlos zugehört hat, zeugt ebenso eindeutig von mangelndem Verantwortungsbewusstsein wie sein Engagement bei der Ablehnung eines CDU-Antrags im Regionalausschuss Wilhelmsburg, in dem die CDU einen Bericht über die Vorgänge im Haus der Jugend Veddel zu den Rap-CDs und Videos der Gruppe „Veddel Streetz“, deren Vorgeschichte sowie zu den gezogenen Konsequenzen gefordert hatte.

Der zuständige Jugendhilfeausschuss (JHA) wurde bis heute nicht über die Hintergründe der Einstellung und der Kündigung von „Faro“ informiert. Stattdessen hat dessen Vorsitzender, Johannes Kahrs, MdB (SPD), die fest terminierte und eingeladene Sitzung des JHA im Haus der Jugend Veddel am 15.12.2008 im Alleingang und ohne Abstimmung mit den Mitgliedern grundlos ausfallen lassen.

Die CDU wartet noch immer auf eine eindeutige Distanzierung der Spitzen von SPD und GAL von den gewaltverherrlichenden und frauenverachtenden Texten der „Veddel Streetz“.

Die nächste Debatte steht am 22. Januar an, wenn in der Bezirksversammlung die große Anfrage der CDU „Veddel Streetz – warum wurde der Jugendhilfeausschuss nicht informiert?“ heiß diskutiert werden wird.



Anhörung zum Hammer Park

Die CDU-Fraktion Mitte begrüßt, dass im zentral gelegenen, stark genutzten Hammer Park umfangreiche Maßnahmen vorgenommen werden sollen, um Schwächen der Parkanlage zu beheben und weitere z.B. sportliche Attraktionen zu schaffen. Der von SPD und GAL kurzfristig als Tischvorlage eingebrachte Antrag „Gute Nachbarschaft in Hamm – Sonderinvestitionsplan Hammer Park“ enthält zahlreiche Maßnahmen für den Hammer Park mit einem finanziellen Umfang von insgesamt ca. 430.000 Euro. Ein Projekt mit Finanzierung aus bezirklichen Mitteln in dieser Höhe ist bisher einmalig. Die Maßnahmen der Bezirksversammlung greifen dabei auf Finanzmittel zurück, die dem Bezirk vom Hamburger Senat zur Förderung der Quartiere zur Verfügung gestellt werden.

Um die Anwohner und Nutzer der Parkanlage in die Planungen einzubeziehen, hat die CDU eine öffentliche Anhörung in Hamm beantragt, damit alle Ideen für den Hammer Park auf den Tisch kommen, um dann zu entscheiden, welche Maßnahmen mit welcher Priorität umgesetzt werden sollen.

Abwahantrag gescheitert

Der Versuch von Rot-Grün, den CDU-Bezirksabgeordneten Nikolaus Haufler aus dem Jugendhilfeausschuss abzurufen, ist gescheitert. SPD und GAL hatten den engagierten Jungpolitiker Nähe zu Rechtsradikalen bzw. Rechtsextremen vorgeworfen. Die Vorwürfe konnte Nikolaus Haufler jedoch eindrucksvoll ausräumen, worauf ihm die Junge Union Hamburg und die CDU Hamburg-Mitte eindrucksvoll den Rücken gestärkt hatten.

Der Abberufungsantrag von Nikolaus Haufler aus dem Jugendhilfeausschuss entbehrte jeder Grundlage und war ein undemokratischer Versuch, einen engagierten, kritischen und deshalb unbequemen Politiker der Opposition loszuwerden.

Es ist ein bisher einmaliger, undemokratischer Vorgang, dass die Mehrheitsfraktionen versuchen, auf die personellen Entscheidungen einer anderen Fraktion direkt Einfluss zu nehmen. Es obliegt einzig den Fraktionen selbst, ihre Vertreter für die unterschiedlichen politischen Gremien zu benennen.

Shared Space in Hamburg-Mitte

Die CDU-Fraktion hat sich ausdrücklich für Shared Space Projekte in Hamburg-Mitte ausgesprochen und hierzu aus unserer Sicht geeignete Flächen in Wilhelmsburg vorgeschlagen:

- Mannesallee, zwischen Veringstraße und Georg-Wilhelm-Straße/ Aßmannkanal sowie im westlichen Teil zwischen Veringstraße und Kirche,
- Schlöperstieg (IBA-Projekt),
- Zufahrt Wilhelmsburger Park (zukünftige Kurt-Emmerich-Straße) südlich der Neuenfelder Straße,
- Krieterstraße im Bereich der neuen Überquerung der neuen Schule „Tor zur Welt“.

Ebenso sollen Verkehrsflächen in der HafenCity und in St. Georg ermittelt werden, die für eine Einrichtung von Shared Space in Betracht kommen.

Das Vorhaben von SPD, Bezirksamtsleiter Markus Schreiber und GAL, die viel befahrene Einkaufs- und Geschäftsstraße Lange Reihe als „Gemeinschaftsstraße“ umzugestalten, lehnt die CDU wie viele Anwohner ab.

Die Lange Reihe in St. Georg kommt nach unserer Auffassung als Gemeinschaftsstraße nicht in Betracht. Verkehrsdichte, Bevölkerungsdichte, Parkdruck und Geschäftsbetrieb lassen den Abbau von Verkehrsschildern, Fußgängerinseln, Ampeln, Bürgersteigen und anderen Barrieren in dieser Durchgangs- und Geschäftsstraße mit Linienbusverkehr einfach nicht zu.

Das Vorhaben Lange Reihe wird schon deshalb nicht umzusetzen sein, weil allein seine Realisierung sämtliche Haushaltsmittel für Shared Space in Hamburg verschlingen würde. Da auch die anderen Bezirke um die rund 5 Millionen Euro für Shared Space in ganz Hamburg buhlen, muss es im Interesse des Bezirks liegen, einen konkreten Vorschlag vorzulegen, bei dem die örtlichen Gegebenheiten geeignet sind und der mit überschaubarem Finanzierungsvolumen umzusetzen ist.

Der Antrag der CDU wurde von Rot-Grün in den Ausschuss für Verkehr und Umwelt überwiesen.



Jugendzentrum für Schwule nach Mitte?

Auf Antrag der CDU soll eine öffentliche Anhörung zu der Frage durchgeführt werden, ob das Angebot im Bezirk an Einrichtungen für schwule und lesbische Jugendliche hinreichend ist. Dabei soll auch analysiert werden, ob die von der schwarz-grünen Rathauskoalition angeregte Einrichtung eines Jugendzentrums für Schwule unbedingt nach Hamburg-Mitte kommen muss. SPD und GAL forderten hingegen gleich die Ansiedelung des zusätzlichen Jugendzentrums für Schwule in Hamburg-Mitte, obwohl das Ergebnis der Evaluation des Beratungsangebots für schwule Jugendliche noch gar nicht vorliegt.

Der Antrag der CDU auf Durchführung eines öffentlichen Anhörverfahrens zu diesem Thema im Hauptausschuss wurde - obwohl die Verpflichtung besteht, einem solchen Antrag zuzustimmen - von Rot/Grün mit den Stimmen der Linken schlichtweg abgelehnt. Der Beschluss wurde auf unsere Rüge hin vom Bezirksamtsleiter Schreiber (SPD) als rechtswidrig beanstandet.

Daraufhin hat die CDU in der folgenden Bezirksversammlung erneut den Antrag auf ein öffentliches Anhörverfahren gestellt. In der Diskussion haben SPD und GAL dann rechtswidrig das von der CDU vorgegebene Thema der öffentlichen Anhörung gegen unseren ausdrücklichen Willen in ihrem Sinne geändert und unseren Antrag in der durch SPD und GAL "gewaltsam" geänderten Fassung mehrheitlich gegen unsere Stimmen beschlossen. Auch dieses Verhalten war rechtswidrig und wurde auf unsere Rüge hin von der Bezirksamtsleitung entsprechend beanstandet.

Im vergangenen Hauptausschuss waren Rot/Grün wieder nicht willens, dem Antrag in der ursprünglichen Fassung zuzustimmen. Wir sind gespannt auf die Diskussionen in der kommenden Bezirksversammlung am 22.01.2009.

Solch ein beängstigend rechtswidriges Verhalten hat es in der Geschichte der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte bisher noch nie gegeben.

Erneut Redeverbot für CDU

In der Dezembersitzung hat der Fraktionsvorsitzende der GAL erneut zweimal versucht, der CDU das Rederecht in der Bezirksversammlung abzuerkennen. Die GO-Anträge von Herrn Dr. Osterburg auf „Ende der Debatte“ noch vor Vorstellung der Anträge durch die Initiatoren wurden jedoch vom Vorsitzenden Mitglied der Bezirksversammlung abgelehnt.

Die CDU durfte dadurch ihre Anträge kurz vorstellen. Diese wurden dann jedoch von SPD und GAL – ohne Debatte und ohne Angabe von Gründen – abgelehnt bzw. in den Verkehrsausschuss überwiesen.

Die Arroganz der Mehrheitsfraktionen schreckt weiterhin nicht davor zurück, einfachste parlamentarische Gepflogenheiten und Minderheitenrechte zu achten.

Geschäftsordnung

Die Arbeitsgruppe Geschäftsordnung hat sich auf einen umfangreichen Katalog mit Änderungen zur überholten Geschäftsordnung weitgehend geeinigt. Die neue GO soll im Februar 2009 durch die Bezirksversammlung verabschiedet werden.

Vereinbarung zur Informationspflicht

Ebenso soll im Februar die lange überfällige Vereinbarung zur Umsetzung der Informationspflicht des Bezirksamts verabschiedet werden.

Die Vereinbarung zwischen Bezirksversammlung und Bezirksamt enthält Grundsätze zur Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflicht der Bezirksamtsleitung gegenüber der BV in bezirklichen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.

Sitzungstermine der Bezirksversammlung

- Do. 22. Januar 2009
- Do. 19. Februar 2009
- Do. 26. März 2009
- Do. 23. April 2009 – jeweils um 17.30 Uhr



Wir sind Mitte: Politik für die wachsende Stadt!



Dr. Gunter Böttcher
Fraktionsvorsitzender
Stadtplanung,
Bauangelegenheiten
und Denkmalschutz
St. Georg



Christoph de Vries
stellv. Fraktionsvors.
Verkehr, Stadtplanung
und Umwelt
Hamm



Ronald Dittmer
stellv. Fraktionsvors.
Soziale Stadtentwicklung
und Bauangelegenheiten
Wilhelmsburg



Constance Manzke
stellv. Vorsitzende der
Bezirksversammlung
Soziales, Schule
und Kita
Billstedt



Joseph Ilcin
Vorstandsmitglied
Soziale Stadtentwicklung,
Jugendhilfe und Sport
Billstedt



Matthias Lloyd
Vorstandsmitglied
Stadtplanung
Finkenwerder



Kathrin Zühlsdorf
Vorstandsmitglied
Umwelt und Soziales
Horn/Borgfelde



Nikolaus Hauffer
Schatzmeister
Haushalt, Wirtschaft
und Jugendhilfe
Hamm



Helmut Bier
Management des
öffentlichen Raumes und
Bauangelegenheiten
Veddel/Rothenburgsort



Andrea Brost
Soziales, Integration
und Gesundheit
Finkenwerder



Martin Damaszek
Wirtschaft, Verkehr,
Umwelt, Schule, Kita
und Sport
Veddel/Rothenburgsort



Hans Gelien
Bauangelegenheiten
und Denkmalschutz
Finkenwerder



Peter Herkenrath
Jugendhilfe
und Verkehr
Borgfelde



Stefan Ilcin
Sport, Verkehr
und Umwelt
Billstedt



Christian Lamberti
Kultur, Integration,
Gesundheit und Soziales
Innenstadt



Hinrich Stroh
Kultur und
Haushalt
Finkenwerder



Cyrus Zahedy
Management des
öffentlichen Raumes
und Stadtplanung
Innenstadt

Haben wir Ihr Interesse an der Arbeit der CDU in Hamburg-Mitte geweckt?

Dann sprechen Sie uns an! Für Ihre Fragen, Ihre Anregungen aber auch Ihre Kritik stehen wir jederzeit zur Verfügung.

CDU-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte

Klosterwall 4, Block B, I. Stock

20095 Hamburg

Tel.: (040) 32 63 52

Fax: (040) 32 64 42

info@cdu-fraktion-hamburg-mitte.de

CDU Bezirksfraktion
Hamburg-Mitte